



Diesenbach, 13.10.2022

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

„Es reicht!“, „Genug ist genug!“ oder „So kann es doch nicht weitergehen!“ sind Ausrufe und Gedankengänge, die einem öfter als sonst in den Sinn kommen und in diesen herausfordernden Zeiten sicherlich berechtigt sind.

Erst und immer noch die Einschränkungen und leidvollen Erfahrungen mit der Corona Pandemie, jetzt Inflation und steigende Preise für Lebenshaltung und Energie. Die andauernde Klimakrise. Und ein Angriffskrieg, der von Putin mitten in Europa gegen die Ukraine begonnen wurde und sich in vielfältiger Weise auf unser aller Leben auswirkt. Sorgen und Ängste um Gegenwart und Zukunft bestimmen oftmals aktuell unser Leben.

Werte wie Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zählen etwas in Europa und hier in Deutschland. Deshalb werden gemeinsam und in Absprache mit deutschen Partnern in und außerhalb Europas Sanktionen gegen Russland verhängt, werden Waffen an die Ukraine geliefert und wird humanitäre wie finanzielle Unterstützung gewährt.

Deshalb sind PolitikerInnen mehr denn je gefordert Lösungen auf vielen Ebenen zu finden und sie müssen sich auf täglich veränderte Gegebenheiten einstellen. Langfristige Entscheidungen sind kaum möglich. Sie müssen an die Menschen denken, die hier leben und an die, die anderswo Hilfe brauchen.

Ziel ist bei allen Maßnahmen der aktuellen Politik, dass Menschen, die Hilfe brauchen, nicht allein gelassen werden, dass sie Unterstützung bekommen. Dies kostet, dies betrifft unser aller Leben. Solidarität mit der Ukraine, mit Geflüchteten weltweit und mit den unmittelbaren Nachbarn vor Ort ist deshalb Gebot der Stunde. Viele Bürgerinnen und Bürger bringen sich deshalb ehrenamtlich, beruflich und privat ein, damit das Leben trotz allem schöne Momente bereithält und lebenswert bleibt. Egal ob man die Heizung runter dreht, Spenden sammelt oder die Nachbarin zum Arzt fährt. Das ist gelebte Solidarität, davon lebt unsere Demokratie.

Viele politische Maßnahmen, seien es die Corona-Schutzmaßnahmen oder Energiespartipps, sei es der Tankrabatt, das 9-Euro-Ticket oder Waffenlieferungen an die Ukraine, werden kontrovers diskutiert, oft nach neueren Erkenntnissen revidiert, verändert und den neuen Gegebenheiten angepasst. Wenn Gesetzesvorschläge und Entscheidungen in der

parlamentarischen Abstimmung tragfähige Mehrheiten finden, ist dies Ausdruck einer funktionierenden Demokratie.

Meinungsäußerungen, die in unterschiedlichsten Formen und über verschiedene Kanäle mögliche Bedenken, Besorgnis und Unmut über aktuelles Geschehen ausdrücken, sind legitim und durch Artikel 5 unseres Grundgesetzes ein garantiertes Recht jedes Einzelnen. Es finden öffentliche Debatten in den Medien statt, demonstrieren die Gewerkschaften für höhere Löhne, um gestiegene Preise auszugleichen oder, wie demnächst unter dem Motto „**#Solidarischer Herbst**“ für eine gerechtere Unterstützung einzelner Bevölkerungsgruppen in der Energiekrise.

Dies alles ist Ausdruck konstruktiver Kritik, die an der gemeinschaftlichen Lösungsfindung beteiligt ist. Sie fließt in die parlamentarische Debatte durch die von uns gewählten Abgeordneten ein.

Bedauerlicherweise erleben wir aber auch derzeit vielerorts, dass das Leid der Menschen in der Ukraine und die Sorgen und Ängste der Menschen hier missbraucht werden, um Hetze und Spaltung zu verbreiten.

Mit Aufrufen zu Demonstrationen, Mahnwachen und Spaziergängen versuchen demokratie- und europafeindliche Kräfte Menschen auf die Straße zu locken, in sozialen Medien für ihre Kampagnen einzuspannen und ein falsches, verzerrtes Bild der Wirklichkeit zu vermitteln. Mit einzelnen zusammenhanglosen Schlagworten wird versucht an die Szene aus VerschwörungstheoretikerInnen, Corona-LeugnerInnen, QuerdenkerInnen und Rechtsradikalen anzudocken und Menschen aufzuhetzen.

Dabei geht es weder um das Finden von Lösungen noch um echte Teilnahme an einem Diskurs. Es geht darum Politikerinnen und Politiker zu diskreditieren, Wissenschaft zu verachten und Krisen gegeneinander auszuspielen.

Vor allem geht es aber um Stimmensammlung für eigene Interessen und die Legitimierung einer demokratiefeindlichen, menschenverachtenden und rechtsnationalistischen Ideologie. Menschenrechte, Menschenwürde und Werte wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit werden vorgeschoben, nicht aber verteidigt.

Die Aufrufe zu diesen Veranstaltungen, wie sie u.a. in Querdenker- und Rechtsradikalen-Kanälen über Telegramm geteilt werden, erwecken den Anschein, Deutschland sei kein demokratischer Staat mehr, sondern eine Diktatur. Dieselbe Intention verfolgen TeilnehmerInnen dieser Veranstaltungen durch Gleichsetzungen und Vergleiche mit den Opfern des Holocaust oder mit den WiderstandskämpferInnen gegen das Naziregime. Solche Aussagen sind zynisch

und falsch. Derartiger Mangel an Respekt, Empathie und Geschichtsbewusstsein ist besorgniserregend und beschämend.

Diese Veranstaltungen sind ein Schlag ins Gesicht all derer, die durch ihren täglichen Einsatz unser Leben am Laufen halten und ebenso all jener, die durch ihre Arbeit bemüht sind, zum Fortbestand unseres Lebens im Wohlstand, in Freiheit, Demokratie und Frieden beizutragen. So kämpfen z.B. Einsatzkräfte, Pflegekräfte und PolitikerInnen auch für diejenigen, die durch Egoismus und Irrglaube unser Zusammenleben und unsere Demokratie gefährden.

Verantwortung übernimmt man im Diskurs mit demokratischen Kräften, nicht auf – als Spaziergang getarnten - Querdenker- und Nazitreffen.

Die Verantwortung zu bedenken und zu sehen, wer da voraus- und mitläuft, wer da Reden schwingt, liegt bei jeder mündigen Bürgerin und jedem mündigen Bürger. Ganz im Sinne Erich Kästners: „An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“

Daher die Bitte und Aufforderung:

Beteiligen Sie sich an Demonstrationen der Gewerkschaften als legitimes Mittel unserer Demokratie und tragen sie so zu mehr Gerechtigkeit bei!

Setzen Sie sich für Freiheit, Frieden und Solidarität ein, indem Sie sich den bunten, kreativen und breiten Protesten gegen Veranstaltungen von Rechts und Co. anschließen!

Solidarische Grüße



Gaby Griese-Heindl (1.Vorsitzende SPD-OV Diesenbach)



PS: Über Anregungen, Ideen und Interesse an der Arbeit unseres SPD-Ortsvereins freue ich mich.

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund Oberpfalz

#MITGEWERKSCHAFTBESSER

ECHT GERECHT

Solidarisch durch die Energiekrise

Kundgebung am 29. Oktober 2022 um 11.30 Uhr Regensburg

mit **Bernhard Stiedl**
Vorsitzender DGB Bayern

Busanreise möglich aus Weiden, Tirschenreuth, Amberg, Sulzbach-Rosenberg, Neumarkt, Cham und Schwandorf

DGB Oberpfalz

Bunten kreativen Protest gegen Rechts, für Toleranz & Menschenrechte gibt es hier:

Bündnis für Toleranz und Menschenrechte im Landkreis Regensburg

<https://initiativegegenrechts.net/>

oder auch auf unserer Homepage: <https://www.spd-diesenbach.de>

ORTSVEREIN
DIESENBACH

SPD

WIR MACHEN ♥
SOZIALE POLITIK FÜR
DICH UND MIT DIR
MACH MIT!

WIR BLEIBEN
SOLIDARISCH,
BUNT
& TOLERANT!
in
REGENSTAUF

SPD

v.i.S.d.P./Kontakt: Gaby Griese-Heindl, Buchenloherstr.1, 93128 Regenstauf, Tel: 015221985304